

FORUM

Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2019: drei Ursachen für die Transformation im europäischen Parteiensystem

Johannes Kohls und Manuel Müller*

The results of the European Parliament elections 2019 are a reflection of a longer-term transformation in the European party system, whereby (left-)liberal and right-wing forces are gaining votes at the expense of traditional centre-left and centre-right catch-all parties. This contribution highlights three societal reasons for this transformation: a new cleavage between inclusion and exclusion which gains importance with respect to the left-right cleavage, changes in the structure of public communication, and the catalytic effect of the European crises of the last years.

Am 2. Juli 2019 konstituierte sich das neu gewählte Europäische Parlament – mit einer historischen Premiere: Zum ersten Mal überhaupt können die Fraktionen der Europäischen Volkspartei (EVP) und der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D) gemeinsam keine eigene Mehrheit bilden.¹ Vor allem in großen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) wie Frankreich, Italien und Deutschland, aber nicht nur dort, erlitten die traditionellen Volksparteien bei der Europawahl vom 23. bis 26. Mai herbe Verluste. Die langjährige „informelle Große Koalition“ aus EVP und S&D wird im neuen Europäischen Parlament zwingend auf neue Partner angewiesen sein.²

Die größten Gewinner der Wahl sind demgegenüber Liberale und Grüne: Sowohl die um Emmanuel Macrons La République en Marche (LREM) erweiterte liberale Fraktion Renew Europe (RE; bisher Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, ALDE) als auch die Fraktion der Grünen/Europäische Freie Allianz (Grüne/EFA) können mit dem größten Sitzanteil rechnen, den sie im Parlament jemals besessen haben.

Gleichzeitig erfolgt aber auch eine Konsolidierung am rechten Rand des politischen Spektrums: Während sich die bisherige Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (EFDD) auflöste, konnte die Rechtsaußen-Fraktion Identität und Demokratie (ID; bisher Europa der Nationen und der Freiheit, ENF) ihre Sitzzahl mehr als verdoppeln und damit ebenfalls einen historischen Höchstwert erreichen. Dabei profitierte die ID auch vom Übertritt mehrerer Parteien, die bisher der Fraktion der Europäischen Konservativen

* Johannes Kohls, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Europäische Politik, Berlin.
Manuel Müller, Wissenschaftlicher Referent der Geschäftsführung, Institut für Europäische Politik, Berlin.

Der Beitrag basiert auf dem Projekt „Transformation der europäischen Parteienslandschaft: Ursachen und Wirkung“, das das Institut für Europäische Politik in Zusammenarbeit mit dem Planungsstab des Auswärtigen Amtes durchführt. Die Autoren bedanken sich in diesem Zusammenhang für die Unterstützung durch das Auswärtige Amt sowie bei Johannes Hofmann, Farina Kiefer und Julian Plottka für wertvolle Hinweise. Alle Unzulänglichkeiten dieses Beitrags liegen allein in der Verantwortung der Autoren.

1 Dieser Forumsbeitrag wurde Anfang Juni 2019 fertiggestellt, als noch nicht alle nationalen Parteien im Europäischen Parlament ihre künftige Fraktionszugehörigkeit bekannt gegeben hatten.
2 Siehe hierzu auch Rudolf Hrbek: Europawahl 2019: neue politische Konstellationen für die Wahlperiode 2019–2024, in diesem Heft, S. 167ff.

und Reformer (EKR) angehört hatten. Diese wiederum konnte ihre Sitzzahl bei der Europawahl nicht ganz halten, doch gelang es ihr, ebenso wie der ID, mehrere nationale Einzelparteien für sich zu gewinnen, die erstmals ins Parlament einzogen. Insgesamt legte das rechte Lager im Vergleich zur Wahl 2014 leicht zu, wobei Rechtsparteien insbesondere in den großen Mitgliedstaaten sehr erfolgreich waren: In vier der sechs einwohnerreichsten Länder – Frankreich, Großbritannien, Italien und Polen – wurden sie bei der Europawahl zur stärksten Kraft. Wie in vielen EU-Mitgliedstaaten wird damit auch im Europäischen Parlament ein starker Rechtsblock zur neuen Normalität.

Diese Entwicklungen dürften die Mehrheitsbildung im Europäischen Parlament künftig erschweren und in der Regel eine Zusammenarbeit der drei großen Fraktionen EVP, S&D und RE unabdingbar machen. Das in diesem Zusammenhang verschiedentlich verwendete Schlagwort einer „Niederländisierung“ des Europäischen Parlaments trägt allerdings nur zum Teil: Anders als im niederländischen Parlament ist auf europäischer Ebene keine weitreichende Fragmentierung der Parteienlandschaft zu beobachten, sondern eher eine Verschiebung der relativen Gewichte zwischen den traditionellen Volksparteien der linken und rechten Mitte einerseits und den mittelgroßen Fraktionen des linksliberalen und rechten Spektrums andererseits.

Diese Gewichtsverschiebung ist nicht erst ein Phänomen der aktuellen Wahl, sondern Ausdruck einer längerfristigen Entwicklung, die sich als eine Transformation im europäischen Parteiensystem verstehen lässt. Tatsächlich erreichte der gemeinsame Sitzanteil von EVP und S&D im Parlament bereits 1999 seinen Höhepunkt und sank seitdem kontinuierlich. Der gemeinsame Sitzanteil der Rechtsfraktionen bzw. der Liberalen und Grünen stieg dagegen schon seit 2004 bzw. 1994 (mit Ausnahme von 2014) mit jeder Wahl. Zugleich veränderte sich auch die Mitgliederstruktur dieser Fraktionen: Vor allem die Rechtsfraktionen und die Liberalen nahmen zahlreiche neue Mitgliedsorganisationen auf, die oftmals erst kurz zuvor gegründet worden waren und auf nationaler Ebene in kurzer Zeit große Erfolge erzielt hatten. Bei den liberalen und rechten Kräften, die im europäischen Parteiensystem an Bedeutung gewinnen, handelt es sich deshalb oft nicht um klassische Mitgliederparteien, sondern eher um fluide „Bewegungen“ mit einer kleinen und flexiblen Organisationsstruktur.

Dieser Beitrag soll ein Schlaglicht auf drei zentrale Aspekte werfen, die diese Transformation im Parteiensystem vorantreiben: die Herausbildung eines neuen Gegensatzes zwischen „inkludierender“ und „exkludierender“ Politik, der neben den traditionellen Links-Rechts-Gegensatz tritt und diesen teilweise ablöst; Veränderungen in der Struktur öffentlicher Kommunikation, die den Aufstieg neuer Parteien und Bewegungen begünstigen; sowie die europäischen Krisen, die in den letzten Jahren als Katalysator für die Schwächung der traditionellen Volksparteien wirkten.

Ein neues Cleavage zwischen Inklusion und Exklusion

Die traditionellen Volksparteien definierten ihre unterschiedlichen politischen Positionen insbesondere über einen ökonomischen Links-Rechts-Gegensatz: Während sich die aus der Arbeiterbewegung entstandenen sozialdemokratischen Parteien traditionell für einen starken Wohlfahrtsstaat mit einem relativ hohen Maß an sozialpolitischer Umverteilung einsetzen, betonen die Mitte-Rechts-Parteien eher Eigentumsrechte und wirtschaftli-

che und unternehmerische Freiheit. In der politischen Auseinandersetzung gewann in den letzten Jahrzehnten jedoch zunehmend eine andere Konfliktachse an Bedeutung.

Diese neue Konfliktachse wurde in der Forschung unterschiedlich beschrieben.³ Im Kern lässt sie sich als ein Gegensatz zwischen der („inkludierenden“) Gleichstellung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen und der („exkludierenden“) Bewahrung etablierter gesellschaftlicher Ordnungsmuster, Hierarchien und sozialer Privilegien verstehen. Der Bejahung von Vielfalt, der Toleranz gegenüber Unvertrautem und der Förderung von Minderheiten auf der einen Seite steht dabei das Bedürfnis nach klaren Grenzziehungen und nach der Verteidigung etablierter Privilegien auf der anderen Seite gegenüber.

In der öffentlichen Debatte schlägt sich diese Trennlinie insbesondere in identitätspolitischen Fragen nieder, die vor allem seit den 1990er bzw. 2000er Jahren an Sichtbarkeit gewinnen und zu einer zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft führen. Der Gegensatz zwischen inkludierenden und exkludierenden Identitätskonstruktionen zeigt sich dabei in einer ganzen Reihe von Themenbereichen, wobei insbesondere Genderfragen (etwa der „neue Feminismus“ oder die „Ehe für alle“), die Migrationspolitik sowie die Debatte über die gesellschaftliche Rolle des Islams in der Öffentlichkeit fast aller europäischen Länder stark präsent sind.

Der Gegensatz zwischen inkludierender und exkludierender Politik hat allerdings auch eine sozioökonomische Dimension, die zum Teil quer zu der des traditionellen Links-Rechts-Cleavages liegt: Geht es bei letzterer vor allem um das Ausmaß sozialpolitischer Umverteilung innerhalb der Solidargemeinschaft, so betrifft erstere vor allem die Frage, *wer* in die Solidargemeinschaft miteinbezogen wird. Diese Inkusionsfrage ist nicht zuletzt insofern von Bedeutung, als sie sich auch auf die relative Position bestimmter Bevölkerungsgruppen innerhalb der Solidargemeinschaft auswirken kann – etwa wenn durch die Aufnahme mittellosen Geflüchteter einheimische Sozialhilfeempfänger plötzlich als (relativ) privilegiert erscheinen. Auch in der Klimapolitik spielen Inkusionsfragen eine relevante Rolle, wenn Argumente globaler oder intergenerationaler Klimagerechtigkeit mit den Interessen bestimmter sozialer Gruppen (wie der Kohlearbeiter oder der auf das Auto angewiesenen Berufstätigen) kollidieren, die nach den traditionellen Vorstellungsmustern einer nationalen Solidargemeinschaft nicht als privilegiert wahrgenommen werden. Die Verteidigung eigener Privilegien und Interessen ist insofern oft auch auf soziale Abstiegsängste zurückführbar,⁴ die mit Gefühlen der Verunsicherung und des Kontrollverlusts auf identitätspolitischer Ebene einhergehen.

Europapolitisch vertreten die inkludierend-kosmopolitisch Orientierten dabei in der Regel integrationsfreundliche Einstellungen und fordern etwa eine Stärkung der europäischen Demokratie, während sich Vertreter exkludierend-nativistischer Positionen eher für

3 Für eine Übersicht vgl. Liesbet Hooghe/Gary Marks: Cleavage theory meets Europe's crises. Lipset, Rokkan, and the transnational cleavage, in: Journal of European Public Policy 1/2018, S. 109ff., hier S. 123.

4 Diese Ängste sind auch in den reicheren Mitgliedstaaten wie Deutschland sehr präsent: So rechneten nach der Finanzkrise in Deutschland 90 Prozent der Menschen mit einer Zunahme von Armut und sozialem Abstieg (vgl. Wilhelm Heitmeyer: Krisen – Gesellschaftliche Auswirkungen, individuelle Verarbeitungen und Folgen für die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 8, Berlin 2010, S. 13ff.). Noch 2018 sorgten sich 39 Prozent der Menschen um die eigene finanzielle Situation und fast die Hälfte (49 Prozent) um die zukünftige Erhaltung des eigenen Lebensstandards (Bettina Kohlrausch: Abstiegsängste in Deutschland. Ursachen in Zeiten des erstarkenden Rechtspopulismus, Düsseldorf 2018).

eine Rückverlagerung von EU-Kompetenzen auf die Mitgliedstaaten oder für eine Schwächung der supranationalen Organe im Sinne eines „Europa der Nationen“⁵ einsetzen. Diese Grundhaltung sollte jedoch nicht mit einer einfachen Gleichsetzung von inkludierenden und pro-europäischen Positionen einerseits sowie exkludierenden und europaskeptischen Positionen andererseits verwechselt werden. Vielmehr konkurrieren inkludierend-kosmopolitische mit exkludierend-ethnischen Konstruktionen einer europäischen Identität,⁶ so dass sich – insbesondere in Zusammenhang mit einer Abgrenzung gegenüber nicht europäischen Migranten – auch nativistische Bewegungen teils explizit zu Europa bekennen.⁷

Die zunehmende Polarisierung der gesellschaftlichen Auseinandersetzung entlang des Inklusion-Exklusion-Cleavages schlägt sich letztlich auch im Parteiensystem nieder. Die traditionellen Volksparteien stellt das Inklusions-Cleavage vor große Herausforderungen, insbesondere da ihre Anhängerschaft in diesen Fragen oft intern gespalten ist. Stattdessen werden die Pole in den neuen Debatten meist von anderen Parteien besetzt: Dabei greifen vornehmlich rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien exkludierende Argumentationsmuster auf, die typischerweise die Verteidigung traditioneller Geschlechterrollen mit Islamfeindlichkeit, Nativismus und der Ablehnung von Migration verbinden. Auf der anderen Seite besetzen vor allem (links-)liberale und grüne Parteien den inkludierenden Pol, indem sie sich für gesellschaftliche Vielfalt einsetzen, gegenüber Immigration offen sind und Gerechtigkeitsdebatten um eine kosmopolitische Vision erweitern.

Diese Rolle rechter und (links-)liberaler/grüner Parteien als Repräsentanten der beiden entgegengesetzten Positionen des Inklusions-Cleavages ist ein wesentlicher struktureller Faktor, um ihre zunehmende Attraktivität für bestimmte Wählergruppen zu erklären. So lässt sich der Aufstieg der französischen LREM oder der deutschen Grünen nicht zuletzt als eine kosmopolitische Gegenreaktion auf die Erfolge der Rechtsparteien Rassemblement National (RN) und Alternative für Deutschland (AfD) erklären. In Großbritannien verdankten die Liberal Democrats ihren Erfolg bei der Europawahl vor allem ihrer unzweifelhaften Anti-Brexit-Haltung. In verschiedenen östlichen EU-Mitgliedstaaten – etwa in Rumänien, Ungarn oder der Slowakei – konnten sich junge liberale Parteien als Gegenpol zu den als autoritär und nationalistisch wahrgenommenen nationalen Regierungen profilieren. Die traditionellen Volksparteien, die in Bezug auf das Inklusions-Cleavage eher ambivalente Positionen vertreten, verloren hingegen an Zustimmung.

Neue Kommunikationsstrukturen

Diese Transformation der Parteienlandschaft geht in vielen Fällen auch mit dem schnellen Aufstieg von jungen Parteien einher. Das prominenteste Beispiel hierfür dürfte die

5 So das Leitbild im Europawahlprogramm der Alternative für Deutschland: Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 9. Europäischen Parlament 2019, S. 10ff., abrufbar unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2019/02/AfD_Europawahlprogramm_A5-hoch_RZ.pdf (letzter Zugriff: 4.6.2019).

6 Vgl. Andrea Schlenker: Cosmopolitan Europeans or Partisans of Fortress Europe? Supranational Identity Patterns in the EU, in: Global Society 1/2013, S. 25ff.

7 Auf gesellschaftlicher Ebene zeigt sich dies etwa in der Namensgebung der deutschen Bewegung PEGIDA („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlands“) oder auch in der rechtsextremen „Identitären Bewegung“, die sich in ihrer Selbstdarstellung ausdrücklich positiv auf „Europa“ bezieht. Vgl. Identitäre Bewegung: Für eine Zukunft Europas, ohne Jahr, abrufbar unter: <https://www.identitaere-bewegung.de/kampagnen/identitaet/> (letzter Zugriff: 8.5.2019).

französische Regierungspartei LREM sein. Aber auch in anderen Ländern wie Italien (Movimento 5 Stelle, M5S), Tschechien (Akce Nespojených Občanů, ANO), Slowenien (Lista Marjana Šarca, LMŠ) oder Estland (Eesti Konservatiivne Rahvaerakond, EKRE) gelang es Parteien unterschiedlicher Couleur, bereits wenige Jahre nach ihrer Gründung in Regierungsverantwortung zu gelangen. Dieser Aufstieg neuer Parteien und Bewegungen wird durch die Möglichkeiten der sozialen Medien begünstigt, durch die Parteien weniger abhängig von ihrer Mitgliederstärke werden und charismatische Führungspersönlichkeiten sowie zielgruppenorientierte Kommunikation an Bedeutung gewinnen.

Während traditionelle Leitmedien wie Fernsehen, Radio und Zeitungen an Publikum und Bedeutung verlieren, gewinnen soziale Medien seit einigen Jahren massiv an Einfluss. Wachsende Skepsis gegenüber Nachrichtenmedien⁸ geht mit einer Diversifizierung der Nachrichtenquellen und damit mit einer Fragmentierung der Öffentlichkeit einher. Dabei bietet insbesondere die steigende Bedeutung der sozialen Medien den Parteien neue Möglichkeiten, in vergleichsweise kostengünstiger Form ihre Zielgruppen zu erreichen und eigene politische Diskurse zu prägen. Zugleich erlauben es soziale Netzwerke, neue Gemeinschaften an Unterstützern abseits klassischer Parteimitgliedschaftsstrukturen zu bilden. Dies hilft neuen Parteien allgemein, insbesondere aber populistischen Parteien, die durch polarisierende Sprache und gezielte Tabubrüche besonders hohe Interaktionsraten innerhalb ihrer Social-Media-Resonanzräume und damit eine Bindung der Anhängerschaft erreichen. Parteien wie M5S oder die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), die ihre Kommunikation vollkommen auf das Internet und die sozialen Medien ausgerichtet haben, sind Beispiele für diesen Trend.⁹ Umgekehrt lassen die traditionellen Volksparteien bei der Anpassung an neue Kommunikationsstile immer wieder bemerkenswerte Schwierigkeiten erkennen. Die vielkommentierten Probleme der deutschen Unionsparteien im Umgang mit dem Video „Die Zerstörung der CDU“, das der Youtuber Rezo kurz vor den Wahlen zum Europäischen Parlament veröffentlichte, sind hierfür nur ein besonders prägnantes Beispiel.¹⁰

Die Abkehr von traditionellen Kommunikationsstrukturen geht schließlich auch häufig mit neuen Beteiligungsformen (etwa Online-Abstimmungen) und mit einem veränderten Selbstverständnis als fluide „Bewegung“ statt als mitgliederbasierte „Partei“ einher. Den internen Zusammenhalt solcher neuen Bewegungen – die auf beiden Seiten des Inklusions-Cleavages vorkommen – garantiert häufig der Fokus auf charismatische Führungspersönlichkeiten wie Matteo Salvini (Lega), Marine Le Pen (RN) oder Macron (LREM). Dank dieses Fokus fällt es den neuen „Bewegungen“ oft auch leichter, in der Öffentlichkeit schnell Position zu beziehen und Diskurse zu prägen, als dies die teils schwerfälligen Entscheidungsverfahren traditioneller Mitgliederparteien zulassen.

8 Einer repräsentativen Studie des Bayerischen Rundfunks zufolge sind die Medien mit einem massiven Glaubwürdigkeitsproblem konfrontiert. So glauben lediglich 49 Prozent der Befragten, dass Medien Dinge darstellen, wie sie „wirklich sind“. Vgl. Bayerischer Rundfunk: Informationen fürs Leben. BR-Studie zum Vertrauen in die Medien zum 25. Geburtstag von „B5 aktuell“, München 2016, S. 17, abrufbar unter: <https://www.br.de/resse/inhalt/pressemitteilungen/glaubwuerdigkeitsstudie-br-b5-geburtstag-100.html> (letzter Zugriff: 4.6.2019).

9 Vgl. Paul-Jasper Dittrich: Social Networks and Populism in the EU. Four Things You Should Know, Jacques Delors Institut – Berlin: Policy Paper 192/2017.

10 Vgl. hierzu z.B. Bernhard Pörksen: Arroganz statt Inhalte, in: Süddeutsche Zeitung, 3. Juni 2019, abrufbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/rezo-cdu-youtube-video-social-media-1.4471242> (letzter Zugriff: 11.7.2019).

Gleichzeitig ist damit freilich auch eine Abhängigkeit von der Popularität ihrer Führungspersonen verbunden. Gelingt es den neuen Parteien nicht, sich von diesen zu emanzipieren, können sie deshalb schnell auch wieder marginalisiert werden. Dies zeigen etwa die Beispiele von Silvio Berlusconis Forza Italia und Geert Wilders' Partij voor de Vrijheid (PVV), die weitgehend von Salvinis Lega und Thierry Baudets Forum voor Democratie (FvD) abgelöst wurden. Insgesamt führt dies zu einer höheren Fluidität der Parteienschaft, in der die jahrzehntealten traditionellen Volksparteien mit einer wachsenden Zahl flexibler politischer Akteure konfrontiert sind.

Krisenphänomene als Katalysator

Neben diesen längerfristigen strukturellen Faktoren begünstigten in den letzten Jahren auch die diversen Krisen der EU den Aufstieg neuer Parteien. Dass der Aufstieg populistischer und europaskeptischer Parteien in zahlreichen Mitgliedstaaten mit den jüngeren Krisenphänomenen in der Union – insbesondere der Finanz- und der Migrationskrise – einherging, wurde in der Forschung wiederholt beobachtet.¹¹ Exemplarisch kann hierfür die deutsche AfD stehen, der es nach Ausbruch der Finanz- und Schuldenkrise zunächst gelang, die fehlende Repräsentation europaskeptischer Positionen in Deutschland für sich zu nutzen, indem sie sich gegen die Rettungspakete für in Schieflage geratene Banken und krisengeplagte Staaten wie Griechenland positionierte.¹² Im Zuge der Migrationskrise instrumentalisierte die AfD dann die bereits langjährig dokumentierte Fremdenfeindlichkeit vieler Menschen in Deutschland und entwickelte sich von einer „national-liberalen Anti-Euro-Partei“ zu einer „nationalistisch-völkischen“ Partei.¹³

Allerdings sind Krisen weder eine hinreichende noch eine notwendige Bedingung für den Aufstieg populistischer Parteien: So zeigt der Fall Portugals, dass auch eine starke wirtschaftliche Rezession nicht notwendigerweise zu größeren Transformationsprozessen im Parteiensystem führen muss. Die Finanz- und Schuldenkrise führte dort zwar zu einer verstärkten Politikverdrossenheit, nicht aber zu einem veränderten Wahlverhalten zugunsten neuer oder populistischer Parteien.¹⁴ In den Niederlanden wiederum ging der Aufstieg des FvD nicht unmittelbar mit einer Krise einher, sondern vor allem mit einer erfolgreichen Referendumskampagne gegen das EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen 2016 sowie mit einer geschickten Kommunikationsstrategie, die die rechtspopulistischen Inhalte der Partei mit einem intellektuellen Image versah.¹⁵

11 Vgl. z.B. Yann Algan/Elias Papaioannou/Evgenia Passari/Sergei M. Guriev: The European Trust Crisis and the Rise of Populism, SSRN: EBRD Working Paper 208/2018; Andrea L. P. Pirro/Paul Taggart/Stijn van Kessel: The populist politics of Euroscepticism in times of crisis: Comparative conclusions, in: Politics 3/2018, S. 378ff.

12 Björn Bremer/Julia Schulte-Cloos: The Restructuring of British and German Party Politics in Times of Crisis, in: Swen Hutter/Hanspeter Kriesi (Hrsg.): European Party Politics in Times of Crisis, Cambridge 2019, S. 281ff, hier S. 300.

13 Oliver Decker: Flucht ins Autoritäre, in: Oliver Decker/Elmar Brähler (Hrsg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018, Gießen 2018, S. 15ff, hier S. 27.

14 Frederico Ferreira da Silva/Mariana S. Mendes: Portugal – A Tale of Apparent Stability and Surreptitious Transformation, in: Swen Hutter/Hanspeter Kriesi (Hrsg.): European Party Politics in Times of Crisis, Cambridge 2019, S. 139ff, hier S. 163f.

15 Vgl. Eline Schaart: 5 things to know about Dutch far right's new figurehead, in: Politico Europe, 25. März 2019, abrufbar unter: <https://www.politico.eu/article/thierry-baudet-forum-for-democracy-netherlands-5-things-to-know-about-dutch-far-right-s-new-figurehead/> (letzter Zugriff: 11.7.2019).

Auch die genauen Wirkmechanismen, durch die Krisen zu einem Katalysator für den Aufstieg neuer Parteien werden können, sind komplex. Naheliegenderweise ist in vielen Mitgliedstaaten die wachsende Zustimmung für populistische und nativistische Parteien eng mit einer inhaltlichen Kritik an der Krisenbewältigungspolitik verbunden. Laut der Eurobarometer-Umfrage 89.2 des Europäischen Parlaments vom Mai 2018 stimmten im EU-Durchschnitt 53 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass neue Parteien und Bewegungen besser neue Lösungen finden können als die etablierten Parteien. Insbesondere von jungen Wählern wurde diese These häufig bejaht.¹⁶

Allerdings begünstigen auch die institutionellen Strukturen der EU den Aufstieg neuer Parteien in der Krise: Da Krisenpolitik typischerweise mit der Verteilung von unpopulären Lasten verbunden ist, profitieren zumeist Oppositionsparteien, die Versprechen und Alternativvorschläge machen können, ohne sie sofort umsetzen zu müssen. Im Fall der EU waren jedoch aufgrund institutioneller Konsensmechanismen wie der Einstimmigkeitsregeln im Europäischen Rat alle etablierten Parteien in die Formulierung der Krisenpolitik einbezogen. Als glaubwürdige Opposition konnten sich deshalb nur Parteien präsentieren, die institutionell noch nicht in die europäische Entscheidungsfindung eingebunden waren – was vor allem auf neu gegründete sowie polarisierende fundamental-oppositionelle Parteien zutrifft. Der Aufstieg neuer Parteien in Krisenzeiten ist demnach nicht nur auf die fehlende Output-Legitimität konkreter Politikentscheidungen zurückzuführen, sondern auch auf den strukturellen Mangel an Input-Legitimität der Entscheidungsverfahren.¹⁷

Eine europaweite, aber uneinheitliche Transformation

Dass die „informelle Große Koalition“ aus EVP und S&D bei der Europawahl 2019 ihre absolute Mehrheit verlor, war weniger ein politisches Erdbeben als die Folge einer längerfristigen Transformation im europäischen Parteiensystem, bei der (links-)liberale und rechte Kräfte auf Kosten der traditionellen Volksparteien an Gewicht gewinnen. Dieser Trend nährt sich aus verschiedenen gesellschaftlichen Ursachen: Langfristige, strukturelle Entwicklungen wie die zunehmende Bedeutung des Inklusion-Exklusion-Cleavages sowie die neuen Kommunikationsformen des Internets und der sozialen Medien wurden in den letzten Jahren durch die europäischen Krisen katalysiert.

Diese Transformationsprozesse sind europaweit zu beobachten, finden aber nicht in allen Mitgliedstaaten einheitlich statt, sondern sind jeweils durch nationale Kontexte geprägt und auch unterschiedlich weit fortgeschritten: Während sich die Parteiengesellschaft etwa in Frankreich, aber auch in Italien in den letzten Jahren fast vollständig verändert hat, ist sie in anderen Ländern wie Portugal bemerkenswert stabil. In mehreren Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, Spanien oder Finnland, lässt sich schließlich eine teilweise Transformation erkennen, in der ein zuvor auf wenige große Volksparteien ausgerichtetes System

16 Europäisches Parlament: Democracy on the Move. European Elections – One Year to Go, Eurobarometer Survey 89.2 of the European Parliament, Brüssel 2018, S. 52, abrufbar unter: http://www.europarl.europa.eu/pdf/eurobarometre/2018/oneyearbefore2019/eb89_one_year_before_2019_eurobarometer_en_opt.pdf (letzter Zugriff: 4.6.2019).

17 Vgl. Manuel Müller: Jenseits der Gleichgültigkeit: Das politische System der EU und die Europaskepsis, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 24. September 2014, abrufbar unter: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/192050/jenseits-der-gleichgültigkeit-das-politische-system-der-eu-und-die-europaskepsis> (letzter Zugriff: 8.5.2019).

durch eine Landschaft mit mehreren ähnlich großen Parteien abgelöst wird, die sowohl traditionelle als auch neue Cleavages repräsentieren.

Auch für die Europawahl ist festzuhalten, dass die traditionellen Volksparteien keineswegs vollständig untergegangen sind: Obwohl Liberale, Grüne und Rechte großen Zuwachs verbuchen konnten, blieb der Status von EVP und S&D als stärkste und zweitstärkste Fraktion – wenigstens für dieses Mal – unangetastet. Ungeachtet dessen werden das Europäische Parlament, aber auch die Europäische Kommission und der Rat der Europäischen Union in Zukunft parteipolitisch bunter werden.¹⁸ Vielfalt wird zur neuen Normalität.

¹⁸ Vgl. für die Kommission auch Manuel Müller: Bunt wie nie – auf Kosten der EVP: Die parteipolitische Zusammensetzung der nächsten EU-Kommission, in: Der (europäische) Föderalist, 23. Februar 2019, abrufbar unter: <https://www.foederalist.eu/2019/02/bunt-wie-nie-parteipolitische-zusammensetzung-eu-kommission-2019.html> (letzter Zugriff: 4.6.2019).